



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2014 – 2019

---

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

---

**2014/2075(DEC)**

13.1.2015

# **ÄNDERUNGSANTRÄGE**

## **1 – 7**

**Entwurf einer Stellungnahme**  
**Sylvie Guillaume**  
(PE541.395v01-00)

Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013, Einzelplan III – Kommission (2014/2075(DEC))

AM\1038293DE.doc

PE541.400v01-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

AM\_Com\_NonLegOpinion

**Änderungsantrag 1**  
**Sylvie Guillaume**

**Entwurf einer Stellungnahme**  
**Ziffer 3**

*Entwurf einer Stellungnahme*

3. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die **vom Rechnungshof** für Ende 2013 errechnete Restfehlerquote für die Politikbereiche „Justiz“ und „Inneres“ unter 2 % lag;

*Geänderter Text*

3. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die **von den Dienststellen der Kommission** für Ende 2013 errechnete Restfehlerquote für die Politikbereiche „Justiz“ und „Inneres“ unter 2 % lag;

*(Berichtigung: Die Restfehlerquote von 2 % für den Politikbereich JI wurde von den Dienststellen der Kommission und nicht – wie ursprünglich angegeben – vom Rechnungshof errechnet.*

Or. fr

**Änderungsantrag 2**  
**Petr Ježek**

**Entwurf einer Stellungnahme**  
**Ziffer 3**

*Entwurf einer Stellungnahme*

3. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die vom Rechnungshof für Ende 2013 errechnete Restfehlerquote für die Politikbereiche „Justiz“ und „Inneres“ unter 2 % lag;

*Geänderter Text*

3. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die vom Rechnungshof für Ende 2013 errechnete Restfehlerquote für die Politikbereiche „Justiz“ und „Inneres“ unter 2 % lag; **betont allerdings, dass es ein dauerhaftes Bestreben sein sollte, die Fehlerquote im Rahmen des Haushalts weiter zu senken;**

Or. en

**Änderungsantrag 3**  
**Petr Ježek**

## Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 4

### *Entwurf einer Stellungnahme*

4. unterstützt die Empfehlung 2 des Rechnungshofs, wonach die Kommission ihre Kontrolltätigkeiten stärker risikoorientiert gestalten sollte, indem sie die Prüfungen auf Empfänger mit hohem Risiko konzentriert (z. B. mit EU-Förderungen weniger erfahrene Einrichtungen) und die Belastung durch Kontrollen bei Begünstigten mit geringerem Risiko verringert;

### *Geänderter Text*

4. unterstützt **daher** die Empfehlung 2 des Rechnungshofs, wonach die Kommission ihre Kontrolltätigkeiten stärker risikoorientiert gestalten sollte, indem sie die Prüfungen auf Empfänger mit hohem Risiko konzentriert (z. B. mit EU-Förderungen weniger erfahrene Einrichtungen) und die Belastung durch Kontrollen bei Begünstigten mit geringerem Risiko verringert;

Or. en

## Änderungsantrag 4 Petr Ježek

## Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 5

### *Entwurf einer Stellungnahme*

5. nimmt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts Nr. 3/2014 des Rechnungshofs mit dem Titel „Erkenntnisse aus der Entwicklung der zweiten Generation des Schengener Informationssystems (SIS II) durch die Europäische Kommission“ zur Kenntnis, in dem die Gründe geprüft werden, aus denen die Kommission das SIS II mehr als sechs Jahre später als ursprünglich geplant und zu Kosten weit über den ursprünglich veranschlagten bereitgestellt hat;

### *Geänderter Text*

5. nimmt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts Nr. 3/2014 des Rechnungshofs mit dem Titel „Erkenntnisse aus der Entwicklung der zweiten Generation des Schengener Informationssystems (SIS II) durch die Europäische Kommission“ zur Kenntnis, in dem die Gründe geprüft werden, aus denen die Kommission das SIS II mehr als sechs Jahre später als ursprünglich geplant und zu Kosten weit über den ursprünglich veranschlagten bereitgestellt hat; **betont, dass Empfehlungen befolgt werden sollten, um bei Großvorhaben für eine vernünftige und realistische Haushaltsplanung zu sorgen;**

Or. en

**Änderungsantrag 5**  
**Tomáš Zdechovský**

**Entwurf einer Stellungnahme**  
**Ziffer 6**

*Entwurf einer Stellungnahme*

6. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Außengrenzenfonds zu mehr finanzieller Solidarität beigetragen hat; bedauert jedoch, dass der EU-Mehrwert begrenzt war und die Gesamtergebnisse aufgrund von Schwächen bei der Überwachung durch die zuständigen Behörden und gravierenden Mängeln bei den Ex-post-Bewertungen auf Kommissionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht gemessen werden konnten.

*Geänderter Text*

6. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Außengrenzenfonds zu mehr finanzieller Solidarität beigetragen hat; bedauert jedoch, dass der EU-Mehrwert begrenzt war und die Gesamtergebnisse aufgrund von Schwächen bei der Überwachung durch die zuständigen Behörden und gravierenden Mängeln bei den Ex-post-Bewertungen auf Kommissionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht gemessen werden konnten; ***weist darauf hin, dass bei der Projektauswahl und der Auftragsvergabe erhebliches Verbesserungspotenzial besteht; hält die Kommission dazu an, für eine verstärkte Unterstützung für Frontex-Einsätze zu sorgen.***

Or. en

**Änderungsantrag 6**  
**Sophia in 't Veld, Judith Sargentini, Cornelia Ernst**

**Entwurf einer Stellungnahme**  
**Ziffer 6 a (neu)**

*Entwurf einer Stellungnahme*

*Geänderter Text*

***6a. stellt fest, dass die Ausgaben der Kommission für maßnahmenbezogene Finanzhilfen zugunsten der Einrichtung nationaler Systeme für Fluggastdatensätze (PNR) in Ausführung des Arbeitsprogramms 2012 „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ ohne***

*Zustimmung des Parlaments bezüglich des damit zusammenhängenden Vorschlags für eine PNR-Richtlinie der EU getätigt wurden; weist darauf hin, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres den Vorschlag am 24. April 2013 abgelehnt hat; stellt die Rechtmäßigkeit von Finanzhilfen in Frage, die von der Kommission vor oder entgegen dem Legislativbeschluss des Parlaments gewährt werden;*

Or. en

## **Änderungsantrag 7**

**Sophia in 't Veld, Judith Sargentini, Cornelia Ernst**

### **Entwurf einer Stellungnahme**

**Ziffer 6 b (neu)**

*Entwurf einer Stellungnahme*

*Geänderter Text*

*6b. stellt fest, dass die Kommission den Niederlanden eine Finanzhilfe im Umfang von 5,7 Mio. EUR für die Einrichtung eines nationalen PNR-Systems in Ausführung des Arbeitsprogramms 2012 „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung“ in der Annahme gewährt hat, dass die entsprechenden nationalen gesetzlichen Anforderungen für den Aufbau des PNR-Projekts rechtzeitig angenommen werden würden; stellt fest, dass das niederländische Parlament am 4. September 2014 die Einführung eines nationalen PNR-Systems abgelehnt hat; stellt die Rechtmäßigkeit von Finanzhilfen in Frage, die den Mitgliedstaaten von der Kommission vor der Annahme der entsprechenden nationalen Rechtsvorschriften gewährt werden;*

Or. en